

«Der Vorsitz wird Türen öffnen»

Der Sicherheitsexperte Daniel Trachsler sieht im OSZE-Vorsitz eine grosse Chance für die Schweiz, auch wenn die Bedeutung der Organisation abgenommen habe.

Mit Daniel Trachsler* sprach Dennis Bühler

US-Präsident Gerald Ford hat die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einst als «ersten Sargnagel des Kommunismus» bezeichnet. In den letzten Jahren aber hat die OSZE in der internationalen Politik keine grosse Rolle mehr gespielt. Welche Bedeutung hat sie?

Daniel Trachsler: Im Vergleich mit der Zeit des Kalten Krieges hat die Bedeutung abgenommen. Damals war sie eine der wichtigsten Organisationen für den Austausch zwischen Ost und West, heute konkurriert die OSZE mit der EU, der Nato oder dem Europarat. Für die ehemaligen Ostblockstaaten sind die EU und die Nato wichtiger und attraktiver, weil sie mit mehr Macht verbunden sind.

Mit anderen Worten: Die OSZE braucht es nicht mehr.

Doch, sie hat weiterhin eine Existenzberechtigung. Was sie auszeichnet, ist ihr breites Sicherheitsverständnis. In der OSZE werden alle drei sicherheitsrelevanten Dimensionen thematisiert: die politisch-militärische, die wirtschaftlich-ökologische und die menschliche Ebene. Es geht also nicht nur um Rüstungskontrolle und Terrorismusbekämpfung, sondern auch um

Menschenrechtsschutz, die Bekämpfung von Menschenhandel, die Förderung der Medienfreiheit oder Wahlbeobachtungen. Die OSZE leistet wichtige Arbeit, die jedoch häufig zu wenig wahrgenommen wird.

«Die Probleme haben sich verlagert»

Vor der ersten Schweizer Präsidentschaft 1996 sprach man von einer «Sinneskrisis der OSZE». Die Schweiz, hiess es, übernehme den Vorsitz zu einem denkbar schwierigen Zeitpunkt. Ist das heute – 18 Jahre später – genau gleich? Diese Diagnose trifft auch heute noch zu, auch wenn sich die Probleme der OSZE verlagert haben. In den Neunzigerjahren hat die damalige KSZE den Wandel zur ständigen Organisation geschafft und sich mit Feldmissionen als unverzichtbare Kraft in der internationalen Politik etablieren können. Heute wird die OSZE durch interne Differenzen gelähmt, durch eine erneute Ost-West-Spaltung: Die EU- und Nato-Staaten stehen in vielen Themenbereichen Russland und dessen Verbündeten gegenüber. Letztere werfen der OSZE vor, sie nehme die Sicherheitsinteressen Russlands zu wenig ernst. Und sie monieren, Menschenrechten und Demokratie werde zu viel Gewicht beigemessen.

Bundesrat Didier Burkhalter will als Vor-



«Die Schweiz ist gut als Brückenbauerin geeignet»: Daniel Trachsler glaubt an den Schweizer Vorsitz. Pressebild

sitzender der OSZE «Brücken bauen». Wie realistisch ist es, dass dies der Schweiz tatsächlich gelingt und sie nicht vielmehr Luftschlösser baut? Die Schweiz ist gut als Brückenbauerin geeignet, denn sie steht zwischen den verhärteten Fronten: Sie ist weder Mitglied der EU noch der Nato und unterhält gute Beziehungen zu Russland. Voraussetzung ist allerdings, dass die verschiedenen Parteien gesprächsbereit sind.

Burkhalter will eine «Sicherheitsgemeinschaft für alle». Das sind nichtssagende diplomatische Phrasen. Eines der Schweizer Ziele ist es, die Gesellschaft, die Nichtregierungsor-

ganisationen und die Jugend stärker in die Arbeit der OSZE einzubeziehen. Dieses Beispiel zeigt, dass Burkhalter Aussagen mehr als leere Worte sind. Denn was hierzulande selbstverständlich ist, ist in vielen anderen Ländern – auch in Mitgliedsstaaten der OSZE – bisher nicht gegeben: dass sich die Zivilgesellschaft in die Politik einbringt.

«Die OSZE profitiert von Erfahrungen»

Mit ihrem konsensorientierten politischen System sei die Schweiz eine «Mini-OSZE», glaubt Burkhalter. Inwiefern taugt die Schweiz als Vorbild für die Organisation?

Ein Vorbild sein zu wollen, ist wohl zu hochgegriffen. Aber die Schweiz hat durch ihre politische Kultur des Ausgleichs zwischen Minderheiten und Sprachregionen einen Erfahrungsschatz, von dem die OSZE profitieren kann.

Wird die Schweiz die Präsidentschaft auch nützen können, um gegenüber Washington, Paris, Berlin und Moskau bilaterale Themen zur Sprache zu bringen?

Der OSZE-Vorsitz wird Türen öffnen. Didier Burkhalter wird Gelegenheit haben, mit hochrangigen Ministern zu sprechen und dabei im informellen Rahmen auch bilaterale Themen an-

zusprechen. In aussenpolitisch schwierigen Zeiten – man denke an die «Lex USA» oder die Forderung nach dem automatischen Informationsaustausch – ist dies eine Chance, die sich die Schweiz zu Recht nicht entgehen lässt. Sie kann fast nur gewinnen.

* Daniel Trachsler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Seit 40 Jahren im Dienst des Friedens

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist mit 57 Mitgliedsstaaten aus Europa, Nordamerika und Asien die grösste regionale Sicherheitsorganisation der Welt. Gegründet wurde sie vor 40 Jahren als «Helsinki-Konferenz», um im Kalten Krieg einen Dialog zwischen Ost und West zu ermöglichen. Im letzten Jahrzehnt geriet die OSZE zunehmend in Rücklage: Weder konnte in den Neunzigerjahren eine Eskalation auf dem Balkan noch vor fünf Jahren der georgisch-russische Krieg verhindert werden. Langjährige Konflikte wie jener um Berg-Karabach und um Transnistrien sind weiterhin ungelöst. Auch leidet die Organisation, die ihren Sitz in Wien hat und nur einstimmig Beschlüsse fassen kann, an Schwerkfälligkeit und Reformstau. (dbü)

Krebsbehandlung nur noch in Zentren

Neun Spezialkliniken für krebskranke Kinder sollen genügen. Das haben die kantonalen Gesundheitsdirektoren beschlossen.

Bern. – Krebskranke Kinder und Jugendliche werden künftig nur noch in den neun Spezialkliniken behandelt. Auch komplexe Operationen sollen von weniger Spitälern durchgeführt werden. Das entschied das Beschlussorgan der Kantone für hochspezialisierte Medizin. Mit der Konzentration werde ein wichtiges Zeichen zur Qualitätssicherung gesetzt, teilte die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren (GDK) gestern mit. Zudem könnten Kosten gespart werden.

Komplexe chirurgische Eingriffe am Verdauungstrakt, der Bauchspeicheldrüse und der Leber (sogenannt viszeralkirurgische Eingriffe) werden bisher an einer Vielzahl von Schweizer Spitälern durchgeführt. Zum Teil wurden laut der GDK weniger als die zehn Operationen pro Jahr vorgenommen, die für den Kompetenzerhalt notwendig sind.

Damit steigt das Risiko für den Patienten: In Spitälern, welche diese Operationen nur einige wenige Male pro Jahr durchführen, bestehe ein erheblich erhöhtes Komplikationsrisiko, wie wissenschaftliche Studien gezeigt hätten, schreibt die GDK.

Mindestens zehn Operationen

Das Beschlussorgan hat daher entschieden, dass in einer ersten Konzentrations-Etappe die genannten chirurgischen Eingriffe nur noch an Spitälern durchgeführt werden dürfen, die bisher mindestens zehn dieser Operationen pro Jahr vorgenommen haben. Das teilte die Präsidentin des Beschlussorgans, Heidi Hanselmann, mit. Je nach chirurgischem Eingriff seien noch zwischen 16 und 37 Spitäler zugelassen. Die Liste der Spitäler sei gestern den Kantonen und Spitälern kommuniziert worden. (sda)

Ueli Maurers Drohkulisse bröckelt

Die Armeestandorte kommen unter Druck. Anfang Jahr war mehr als die Hälfte aller Immobilien bedroht – jetzt ist es ein Drittel. Es bleibt unklar, wie ernst die Situation tatsächlich ist.

Von Lorenz Honegger

Bern. – Die Waffenplätze, Rekrutenschulen, Militärflugplätze und Rekrutierungszentren sind das effektivste Druckmittel in den Händen von Verteidigungsminister Ueli Maurer. Im Tauziehen um mehr Geld für die Armee – 5 statt 4,7 Milliarden Franken – kann er ohne grosses Risiko auf die Furcht der Parlamentarier vor Standortverlusten spekulieren.

Bis jetzt funktioniert die Drohkulisse hervorragend: Im Kanton Basel, im Aargau, aber auch im Bündnerland haben Regierungsräte und Kantonsparlamentarier prophylaktisch Widerstand angekündigt, um ihre Kasernen und anderen Armeefunktionen vor der Schliessung zu bewahren. Die Aargauer Militärdirektorin Susanne Hochuli (Grüne) etwa schickte bereits im Frühling einen Protestbrief nach Bern.

Maurers Kalkül geht auf, obwohl er bis heute keinen einzigen Standort genannt hat, der geschlossen werden könnte. Im Vernehmlassungsbericht zur Weiterentwicklung der Armee (WEA) von Ende Juni heisst es vage, das Militär müsse auf «mehrere Flugplätze» und «bis zu ein Dutzend Waffenplätze» verzichten.

Von über 50 Prozent auf ein Drittel

Angesichts der dünnen Faktenlage stellt sich die Frage, wie dramatisch die Situation wirklich darstellt. Ein Blick in den vertraulichen Masterplan 2013 der Armee legt nahe, dass der Spielraum grösser ist, als es das Verteidigungsdepartement (VBS) Parlament und Öffentlichkeit weisma-



Gefährdete Waffenplätze: Wie lange die mobile Feldküche hier noch zum Einsatz kommt?

Bild Christian Beutler/Keystone

chen will. So rechnete die Militärführung im Dezember 2012 auf der Basis eines Armeebudgets von 4,7 Milliarden Franken mit einer Reduktion des Immobilien-Kernbestandes von «über 50 Prozent», damit dieser «langfristig finanzierbar» sei.

Ein halbes Jahr später gehen die Verantwortlichen nun plötzlich von einem gut 20 Prozent tieferen Reduktionsbedarf aus: Im Vernehmlassungsbericht heisst es auf einmal «ein Drittel» statt «über 50 Prozent». Was gilt jetzt? Das Verteidigungsdepartement bezeichnet den tieferen Wert von einem Drittel als massgebend. Die Zahl im Masterplan sei Teil einer «rollenden Planung» gewesen und nicht

mehr aktuell. Die definitive Schliessungsliste veröffentlicht das Departement erst Ende Jahr. Zu einem Zeitpunkt also, wenn die Vernehmlassung längst abgeschlossen ist – und die Parteien und Verbände, so die hinter vorgehaltener Hand geäusserte Hoffnung im VBS, in ihren Positionsbezügen dem höheren Budget von 5 Milliarden den Vorzug gegeben haben. Schon jetzt lassen einzelne Stimmen durchblicken, dass sich der Standortabbau und der damit verbundene Verlust von Arbeitsplätzen bei der 5-Milliarden-Variante in Grenzen halten wird.

Auch André Blattmann, Chef der Armee, machte in einem Interview

mit der «Neuen Zürcher Zeitung» eine Andeutung in diese Richtung: «Sobald politisch entschieden ist, welche Finanzmittel der Armee zur Verfügung stehen, werden wir mit konkreten Vorstellungen an die Kantone treten.»

Bereits gesicherte Standorte

Nicht von der Schliessung bedroht sind jene Infrastrukturen, die die Armee zurzeit mit Millionen saniert oder kürzlich saniert hat. Dazu gehören etwa die Dufourkaserne in Thun im Kanton Bern, der Flugplatz Alp nach im Kanton Obwalden, aber auch das Kompetenzzentrum für ABC-Waffen im bernischen Spiez.